

## Die deutsche Verantwortung

Jo LyB

VON JOSEF JOFFE

Was ist los zwischen Bonn und Washington? War der Krach um Chemie-Exporte ein Routinekonflikt, wie er auch zwischen befreundeten Ländern aufbricht, wenn sich Interessen aneinander reiben? Oder zeugt er gar von tieferen Verwerfungen - wie in einer auseinanderdriftenden Ehe, in der aufgetauter Unmut bloß auf einen Anlaß wartet, um sich in einem Gewitter von Verdächtigungen und Resentiments zu entladen?

Die Außenminister Genscher und Shultz sowie der Kanzler haben sich nach Kräften bemüht, den Streit zu kalmieren. Und doch scheint dem Krach unter Freunden etwas Exemplarisches anzuhaften, das die Bonner nachdenklich stimmen müßte. Am Anfang, Mitte November, war da bloß ein diskreter diplomatischer Vorstoß der Amerikaner, als Kohl während einer Washington-Visite Materialien zu sehen bekam, die auf libysche C-Waffen-Pläne und die Verwicklung deutscher Firmen hinwiesen. Daß die Intention keine bösertige war, hätte der Kanzler eigentlich gleich erkennen müssen: Offensichtlich wollte Washington die Deutschen nicht öffentlich kompromittieren, geschweige denn anklagen - ihnen die Gelegenheit geben, die Sache zu Hause zu bereinigen.

Dann aber passierte wochenlang nichts - bis die *New York Times* die *Libyan Connection* ausgrub. Der Rest zeugt weder vom Geschick noch von der Größe Bonner Außenpolitik. Das häßliche Wort von einer „Kampagne amerikanischer Medien“ machte die Runde - als wenn die Amerika-Experten der Union nicht wüßten, daß eben diese Medien aus Uralt-Tradition und -Selbstverständnis prinzipielle Distanz zu den Regierenden einhalten und nichts mehr verabscheuen, als Handlangerdienste für die Herrschenden zu leisten.

Der CDU-CSU-Fraktionsvize Volker Rühle verstieg sich gar zum Non-sequitur des Jahres, als er verkündete, daß Bonn seine Goethe-Institute in Amerika schließen könnte, wenn die „Kampagne“ nicht bald gestoppt würde. Denn dann würden alle Bemühungen um Verständigung „sinnlos“ werden. Das Gegenteil ist richtig: Gerade weil es an Kommunikationsfähigkeit mangelt, sind solche Kultur-Institute heute wichtiger denn je. Derweil ließ Bonn Washington auf diplomatischem Wege wissen, man sei keine „Bananenrepublik“.

Man wünscht den Bonnern in Zukunft mehr Gelassenheit und ein weniger gutes Gewissen - wie auch Prüfer mit mehr Durchblick, als ihn die Oberfinanzdirektion Freiburg im Falle der Firma Imhau-

sen bewiesen hat: Erst ein „Persilschein“, dann, ein paar Tage später, die erneute Erhärtung des Verdachts - das gereicht dem Ansehen der Bundesrepublik zu größerem Schaden als jegliche amerikanische „Pressekampagne“.

Indes: Das Problem reicht tiefer. Das Verhalten Bonns zeugt nicht von jenem gewachsenen „Selbstbewußtsein“, das der scheidende amerikanische Botschafter Burt den Deutschen gerade wieder bescheinigt hat. Die „schrillen Töne“ - sie kamen nicht nur aus der Feder amerikanischer Kolumnisten; sie verrieten gerade hier Reflexe, die längst überwunden zu sein schienen: Weinerlichkeit, Paranoia, Aggressivität wie anno dazumal, als die Deutschen sich stets als Verfolgte wähen. Die politische Klasse dieser Republik hat es nicht nötig, diese fatale Tradition fortzuführen.

Nicht alle mögen die Deutschen lieben, fast niemand hat ihre Vergangenheit vergessen. Nur: Wer soviel Macht hat wie die Bundesrepublik, der muß auch Verantwortung tragen. Und Verantwortung heißt: seinen Teil dabei zu leisten, daß die Welt sicherer wird. Weitgehend ungehinderte Atom- und Chemie-Exporte gehören dazu ebensowenig wie kindliches Augenzuhalten gepaart mit Entrüstung und Schuldablenkung. Verantwortung heißt: Fehler zu erkennen und wiedergutzumachen, anstatt auf die befleckten Westen der anderen zu zeigen. Derlei Verantwortung erfordert aber vor allem ein intaktes Selbstgefühl, das Einsicht ebenso erlaubt wie Interessenpolitik.

Hier liegt die tiefste Schicht des Problems: Die Interessen der Bundesrepublik und der USA streben nicht erst seit heute auseinander. Ein jeder versucht, die Geschäftsgrundlage des Bündnisses zu revidieren, die Lasten der Partnerschaft zu verringern. Dies ist der gefährlichste Moment im Leben einer Allianz; da ist Verständigung und Verständnis kritischer denn je. Nirgendwo steht geschrieben, daß die USA 300 000 Soldaten in Europa stationieren müssen; auch sind Zahlen wie 67 000 Tiefflugstunden und 4000 Atomwaffen nicht in Stein gemeißelt. Nur: Ganz ohne Kampfbereitschaft und Abschreckung geht es auch nicht. Und wenn, wie der Kanzler sagt, „die Westbindung Teil unserer Staatsräson“ ist, dann ist deutscher Unilateralismus genauso wenig hilfreich wie amerikanischer.

Da fordert zum Beispiel der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Biele des die einseitige Schrumpfung der Bundeswehr. Alleingänge (zumal wenn wir sie zu Recht den USA ankreiden) sind nicht das Merkmal einer klugen Außenpolitik; sie schwächen die Verhandlungsposition der NATO in der konventionellen Abrüstung und laufen zudem auf eine „Allianz à la carte“ hinaus. Wenn solches Beispiel - ein jeder beschließe nach eigenem Gutdünken - Schule macht, dann wird den deutschen Interessen dabei am wenigsten geholfen. Macht ist Verantwortung, und Verantwortung bedeutet: nicht nur die eigene Innenpolitik und Profilierung, sondern auch das Ganze im Auge zu behalten.